

1 **Antrag Nr. 1**

2
3 **Antrag zum ordentlichen Bezirksparteitag der**
4 **FDP Ostwestfalen-Lippe am 27. Februar 2016**

5
6 Antragsteller: Arbeitsgruppe „Naturschutz mit Augenmaß“
7 Thorsten Baumgart, FDP Schloß Holte-Stukenbrock
8 Rudi Lindemann, FDP Hövelhof
9 Ralph Gerdes, FDP Schlangen

10
11
12 **Ein Nationalpark ist keine Option für OWL – NRW-Landtagswahlprogramm 2017**

13
14 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

15 Die Freien Demokraten bekräftigen abermals Ihre Ablehnung aller Nationalparkpläne in Ostwestfalen-
16 Lippe. Die bisherige Diskussion und fachliche Beurteilung haben gezeigt, dass weder der Bereich der Senne,
17 noch der Bereich des Teutoburger Waldes/Eggegebirge für eine Ausweisung als Nationalpark in Betracht
18 kommen.

19
20 Dagegen sprechen ökologische und ökonomische Aspekte, sowie die klar ablehnende Haltung zahlreicher
21 Grundeigentümer, Institutionen, politischer Gremien und Menschen in der Region.

22
23 Der FDP-Bezirksverband OWL fordert den NRW-Landesvorstand der Freien Demokraten auf, diese Haltung
24 in das zu erarbeitende Wahlprogramm zur Landtagswahl 2017 mit aufzunehmen und konstruktive Alternativen
25 zum Nationalparkszenario im Wahlprogramm darzustellen. An der Detailausarbeitung sollen Vertreter
26 des FDP-Bezirksverbandes OWL beteiligt werden.

27
28
29
30 **Begründung:**

31 Erfolgt mündlich.

1 **Antrag Nr. 2**

2

3 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 **Bargeld erhalten**

8

9 **Die FDP Ostwestfalen-Lippe wendet sich entschieden gegen Pläne jeder Art, den Bargeldverkehr**
10 **spürbar zu beschränken oder gänzlich zu unterbinden. Zum Zwecke der Bekämpfung von Geld-**
11 **wäsche, Terrorismusfinanzierung und organisierter Kriminalität ist die bestehende Rechtslage,**
12 **insbesondere die Anzeigepflicht größerer Geldmengen anlässlich des Grenzübertritts, vollkom-**
13 **men ausreichend. Über diese hinausgehende Einschränkungen hinsichtlich der freien Wahl der**
14 **Art und Weise, seinen persönlichen Zahlungsverkehr zu vollziehen, sind strikt abzulehnen.**

15

16 **Begründung:**

17

18 ***erfolgt mündlich***

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

1 **Antrag Nr. 3**

2

3

4 Antrag zum Bezirksparteitag der FDP OWL am 27.2.2016 in Bad Salzuflen

5

6

7 Antragsteller: Frank Schäffler

8

9

10 Der Bezirksparteitag möge beschließen:

11

12 Die FDP spricht sich gegen Pläne der Bundesregierung aus, eine Obergrenze für Bargeldgeschäf-
13 te einzuführen und setzt sich im Parlament der Europäischen Union gegen entsprechende Pläne
14 der Europäischen Kommission ein.

15

16 Bargeld ist gedruckte Freiheit und darf nicht eingeschränkt werden.

17

18

19 Begründung:

20

21 Die von der Bundesregierung geplante Obergrenze für Bargeldgeschäfte von 5.000 Euro ist der
22 Einstieg in die Beschränkung des Bargeldverkehrs in Deutschland. Ein wichtiges Stück Freiheit
23 ginge damit verloren, denn Bargeld ist der in Münzen geschlagene Teil unserer Freiheit. Es geht
24 niemanden, keine Regierung, keine Polizei, keine Staatsanwaltschaft und keine Notenbank etwas
25 an, was der Einzelne mit seinem Geld macht. Die Unschuldsvormutung ist ein Kernelement unse-
26 res Rechtssystems.

27

28 Es besteht die Gefahr, dass die Einführung einer Obergrenze für Bargeldgeschäfte nur der Anfang
29 weiterer Einschränkungen ist. So wurde aus den Reihen des Bundestages und der EZB auch vor-
30 geschlagen, den 500-Euro-Schein abzuschaffen. Seit einiger Zeit wird unter Notenbanken und
31 Wissenschaftler darüber hinaus die generelle Abschaffung des Bargeldes diskutiert und vorge-
32 schlagen. Dies wäre dann ein umfassender Eingriff des Staates in die Vertragsfreiheit des Einzel-
33 nen, die schon in ihren Anfängen abzulehnen ist.

34

35 Der Einstieg in die Abschaffung des Bargeldes in Deutschland muss gestoppt werden. Schränken
36 Regierung und Notenbank diese Vertragsfreiheit ein, dann ist ein weiterer Schritt in eine gelenkte
37 Wirtschaft und den Überwachungsstaat bereitet.

38

39

40

41

42

43

44

45

46

47

1 **Antrag Nr. 4**

2 „Freiheitsrecht konsequent schützen –
3 Recht auf Bargeld ins Grundgesetz“
4

5 Antragssteller: Jan Maik Schliffter für den Kreisverband FDP Bielefeld
6

7 Der Bezirksparteitag möge beschließen:
8

9 Die FDP spricht sich gegen ein Verbot von Bargeldgeschäften bestimmter Höhe aus und betrachtet
10 derartige Initiativen als Einstieg in ein vollständiges Bargeldverbot. Dem offensichtlichen Ziel, die
11 Geldtransaktionen aller Bürger nachvollziehen zu können, stemmen sich Freie Demokraten entge-
12 gen.

13
14 Zwar gibt es bereits starke Zweifel, ob ein Bargeldverbot mit der Vertragsfreiheit und der Privatau-
15 tonomie unseres Grundgesetzes vereinbar ist. Zur Klarstellung und Verdeutlichung strebt die FDP
16 aber eine Verankerung des Rechts auf Bargeld im Grundgesetz an geeigneter Stelle an. Ein explizi-
17 tes Recht auf Bargeld wäre ein umfassenderer Freiheitsschutz als die Ableitung aus Vertragsfrei-
18 heit und Privatautonomie.

19
20 Begründung:
21

22 Ein Bargeldverbot wäre ein ebenso massiver Eingriff in die individuelle Freiheit wie die Vorratsda-
23 tenspeicherung. Alle privaten Transaktionen wären gespeichert und der staatlichen Überwachung
24 sowie potenziellen Hackerangriffen ausgesetzt. Auch in dieser Diskussion wird die Abwehr von
25 Terrorismus als Argument bemüht. Dabei zeigt das Instrument der Kontenabfrage, wie aus Terro-
26 rismusabwehr Massenüberwachung wird. „Das Kontenabrufverfahren wurde 2002 für die Bundes-
27 anstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und die Strafverfolgungsbehörden eingeführt, um
28 die Finanzströme des Terrorismus aufzudecken. Hierfür wurde eine zentrale Abrufmöglichkeit für
29 die Daten aller Konteninhaber in Deutschland eingerichtet. Ab 2005 wurden die Befugnisse zum
30 Abruf erstmals auch auf das Bundeszentralamt für Steuern ausgeweitet, das zum Beispiel für Fi-
31 nanzämter oder Sozialbehörden Kontenabrufe durchführen durfte. Seit 2013 sind auch rund 4.700
32 Gerichtsvollzieher angeschlossen.“ (Die Bank, 11.02.2016). Ergebnis dieser Ausweitung von Anfra-
33 geberechtigten: Im Jahr 2015 haben staatliche Stellen dieses Instrument über 300.000mal genutzt.
34

35 Neben der staatlichen Überwachung gibt es für Befürworter stärkerer Einflussmöglichkeiten des
36 Staates zwei weitere Argumente für ein Bargeldverbot: Aufgrund der Negativzinsen bei der EZB
37 horten Banken immer mehr Bargeld, so dass der Effekt weiterer Zinssenkungen auszubleiben
38 droht. Zudem erleichtern elektronisch dokumentierte Vermögen Substanzbesteuerungen und
39 Währungsumstellungen. Eine Machtverschiebung zu staatlichen Stellen ist daher die Folge eines
40 Bargeldverbotes, dagegen leisten Freie Demokraten Widerstand.

41
42 Weitere Begründung erfolgt mündlich.

1 **Antrag Nr. 5**

2

3 **Antrag für den FDP-Bezirksparteitag am 27.0.2016 Bad Salzuflen**

4

5 **Antragsteller: Dr. Hans-Jürgen Knopf**

6

7 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

8

9 **FDP Ostwestfalen-Lippe für medizinische Fakultät**

10

11 Die ärztliche, insbesondere die ambulante Versorgung in Ostwestfalen-Lippe (OWL) ist
12 mittelfristig gefährdet. Nach Schätzungen der Ärztekammer Westfalen-Lippe (ÄKWL) wer-
13 den bis 2025 in OWL bis zu 3.500 Ärztinnen und Ärzte altersbedingt aus ihrer Tätigkeit
14 ausscheiden. Der Ersatzbedarf ist in OWL überdurchschnittlich hoch, da ab 2017 deutlich
15 mehr Ärzte altersbedingt aus der Versorgung ausscheiden werden als neu hinzukommen;
16 ein Trend der sich ab 2030 weiter verschärfen wird, da dann doppelt so viele Ärzte aus der
17 Berufstätigkeit ausscheiden als nachrücken. Dramatisiert wird die Versorgungssituation
18 noch durch die Tatsache, dass sich die Leistungsnachfrage aufgrund der demographi-
19 schen Entwicklung deutlich zunehmen wird.

20 Um dem kommenden Ärztemangel entgegenzuwirken, wurden politisch zwei Lösungs-
21 möglichkeiten vorgeschlagen:

- 22 1. Medizinische Fakultät mit 200 Studentinnen und Studenten mit Sitz in Bielefeld.
23 2. Dependance-Lösung mit 60 Studentinnen und Studenten, die ihre universitäre Hei-
24 mat in Bochum haben.

25 Inzwischen wurde die sog. Dependance-Lösung mit der studentischen Ausbildung in Her-
26 ford und Minden mit 120 Studentinnen/Studenten verteilt zu jeweils 60 auf zwei Semester
27 umgesetzt. Hierbei beginnt das Studium mit den ersten sechs Semestern an der Ruhr-
28 Universität Bochum. Danach folgt die praktische Ausbildung zwischen dem 7. und 10. Se-
29 mester in Herford und Minden. Das praktische Jahr kann dann grundsätzlich an jeder Uni-
30 versitätsklinik, jedem akademischen Lehrkrankenhaus oder im Ausland durchgeführt wer-
31 den.

32 Die Alternative ist eine eigenständige medizinische Fakultät in Bielefeld mit 200 Studentin-
33 nen/Studenten, wobei die praktische Ausbildung an verschiedenen Krankenhäusern in
34 OWL erfolgen würde.

35

36 **Begründung:**

1 Nur eine Medizinische Fakultät kann als einzig wirksame Lösung für die oben angespro-
2 chenen Versorgungsprobleme angesehen werden. Um einen wirksamen „Klebe-Effekt“ zu
3 erzielen, müssen die Studentinnen/Studenten ausreichend lange in der Region bleiben,
4 um diese besser kennenzulernen und ausreichend soziale Kontakte zu knüpfen. Das 6
5 Jahre lange Studium bietet hierfür einen ausreichenden Zeitraum. Diese soziale Anbin-
6 dung ist schließlich die Grundlage dafür, dass die jungen Ärztinnen und Ärzte nach dem
7 Studium auch in der Region verbleiben, hier ihre Weiterbildung aufnehmen und sich ideal-
8 erweise dann in OWL niederlassen oder eine Karriere im Krankenhaus anstreben. Man
9 muss sich darüber im Klaren sein, dass diese Phase aus Studium und Weiterbildung min-
10 destens 10 Jahre dauert. Eine zügige Realisierung des Projektes ist also dringend gebo-
11 ten.

12 Die Dependance-Lösung bietet diese Vorteile nicht. Die Studentinnen und Studenten wer-
13 den die ersten 3 Jahre in Bochum bleiben und erst dann in die Region kommen. Da in die-
14 sen 3 Jahren sich die meisten in Bochum eingerichtet haben werden, werden sich die we-
15 nigsten in OWL ansiedeln. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sich die Studierenden
16 montags Richtung OWL und freitags Richtung Ruhrgebiet bewegen werden. Der „Klebe-
17 Effekt“ wird dürftig ausfallen. Folge wird sein, dass sich nur wenige für eine Weiterbildung
18 in OWL interessieren werden sondern sich hin zum großstädtischen Raum orientieren
19 werden. Eine relevante Verbesserung der Versorgungsproblematik in OWL ist nicht zu
20 erwarten.

21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

1 **Antrag Nr. 6**

2
3 **„Medizinische Fakultät für OWL: Private Initiative einbinden“**

4
5 **Antragsteller: Jan Maik Schlifter für den Kreisverband Bielefeld**

6
7
8 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

9
10 Die FDP OWL setzt sich dafür ein, dass die Forderung nach einer medizinischen Fakultät
11 für OWL in das kommende Landtagswahlprogramm der NRW-FDP aufgenommen wird.
12 Neben der mittelfristigen Sicherung der ärztlichen Versorgung in der Fläche ist diese In-
13 vestition in die wissenschaftliche Infrastruktur für Weiterentwicklung, Stärkung und Erhalt
14 der Gesundheitsregion OWL und der damit verbundenen wirtschaftlichen Effekte im Zu-
15 kunftsfeld „Life Sciences“ unabdingbar.

16
17 Eine Partnerschaft zwischen Land und privaten Initiativen bei Errichtung und Betrieb sollte
18 dabei geprüft werden. Das Land könnte sich etwa an einer privat getragenen Lösung be-
19 teiligen, so dass nicht die gesamten Errichtungs- und Betriebskosten durch den Landes-
20 haushalt gedeckt werden müssen.

21
22 Das sog. „Bochumer Modell“ legt den Fokus einseitig auf die Milderung des Ärztemangels,
23 hat einen viel zu geringen Umfang und gibt einem möglichen Konkurrenten einen bestim-
24 menden Einfluss auf die zukünftigen Entwicklungen. Die FDP betrachtet daher das Bo-
25 chumer Modell letztlich als hinderlich in Hinblick auf die Errichtung eigener Bildungs- und
26 Forschungskapazitäten in Form einer eigenen medizinischen Fakultät für Ostwestfalen
27 und Lippe.

28
29
30
31 **Begründung:**

32
33 **Begründung erfolgt mündlich.**

34
35

1 **Antrag Nr. 7**

2

3 **Antragsteller: Markus Schiek und Markus Wiesecke**

4

5 **Thema: Zentraler Beitragseinzug**

6

7 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

8

9 Die FDP-OWL lehnt den geplanten Satzungsänderungsantrag 1 – „Optimierung des Bei-
10 tragseinzuges...“ für den kommenden Bundesparteitag ab. Sie fordert die Bundesebene
11 auf, die bestehenden Übertragungsmöglichkeiten für die Beitragshoheit zu überarbeiten
12 und, falls nötig, in der Satzung zu verankern.

13

14 Begründung:

15

16 Der Antrag des Bundesvorstandes zielt darauf ab, die Beitragshoheit von den Gliederun-
17 gen auf die Bundesebene zu verlagern. Dabei tritt die FDP sonst in allen Politikfeldern für
18 das Subsidiaritätsprinzip ein. Daher sollte auch die Organisation der FDP auf dem Prinzip
19 „von unten nach oben“ ausgerichtet sein. Durch die Prüfung der Rechenschaftsberichte
20 bei LiPS ist hinreichend gewährleistet, dass die Bundespartei die notwendige rechtl. Ver-
21 antwortung für Rechenschaftsberichte übernehmen kann. Die einheitliche Verwendung der
22 FDP-Software durch alle Gliederungen gewährleistet ebenfalls die Einheitlichkeit der
23 Buchführung. Ferner hat auch der jeweilige Schatzmeister der „höheren“ Gliederungen die
24 Möglichkeit, Kassenprüfungen vorzunehmen.

25

26 Gerade der persönliche Kontakt des Schatzmeisters zu einzelnen Parteifreunden und die
27 örtl. Situationskenntnis lässt jedoch die besondere Reaktion auf Beitragsrückstände durch
28 Zahlungsvereinbarungen oder die Rücksichtnahme auf besondere persönliche oder politi-
29 sche Situationen zu. Eine zentrale Verwaltung hat diese Möglichkeiten nicht und führt zu
30 einer größeren Anonymisierung und Basisferne. Diese geplante „professionalisierte Büro-
31 kralisierung“ läuft auch allen Bestrebungen zur Stärkung des Ehrenamtes – eben auch der
32 ehrenamtl. Schatzmeister- zuwider. Verbände, die die personellen Ressourcen nicht auf-
33 bieten können, sollten auf freiwilliger Basis die Beitragshoheit an eine höhere Gliederung
34 auf Zeit übertragen dürfen. Evtl. notwendige Satzungsänderungen können hierfür noch
35 erarbeitet werden.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35

Die Orts- und Kreisverbände haben durch die erhobene Sonderumlage bereits einen erheblichen Beitrag zur Finanzierung der Bundespartei geleistet und müssen diese vor Ort kommunizieren und finanziell verarbeiten. Weitere Komplikationen und Erschwernisse in den Finanzbeziehungen zu den Mitgliedern sind dafür kontraproduktiv.

1 Antrag Nr. 8

2

3 **Antragsteller: Junge Liberale Ostwestfalen-Lippe**

4

5 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

6

7 **Preiswerter Wohnraum jetzt – staatlichen Wucher stoppen**

8

9 Die FDP Ostwestfalen-Lippe unterstützt das Ziel, mehr preisgünstige Wohnungen in Nord-
10 rhein- Westfalen zu schaffen. Für dieses Ziel sehen wir aktuell einen großen politischen
11 Konsens. Leider folgen den Worten der rot-grünen Landesregierung gegenteilige Taten.
12 Statt die Kosten für Wohnungsneubauten zu senken, treiben immer absurdere staatliche
13 Anforderungen und hohe Steuern sie gerade in die Höhe. Durch politische Maßnahmen
14 sind die Baukosten in den letzten Jahren enorm angestiegen, sodass bezahlbarer Wohn-
15 raum kaum noch herzustellen ist. Auch die sogenannte Mietpreisbremse erschüttert das
16 Vertrauen der Wohnungsbesitzer in ihr Eigentum und gefährdet damit weitere Investitio-
17 nen. Die FDP OWL fordert eine echte Mietpreisbremse, die den Staat in seinem stetigen
18 Verteuern der Baukosten ausbremst.

19 Uns ist bewusst, dass Qualitätsstandards gelten müssen. Doch überschreiten die Ansprü-
20 che und die ordnungsrechtlichen Anforderungen auf Bundes-, Landes- und Kommunal-
21 ebene die wirtschaftliche Darstellbarkeit preisgünstigen Wohnraums. Der Staat muss sei-
22 ne Eingriffe auf das notwendige Maß reduzieren, damit ein Preis von unter 10 Euro pro
23 Quadratmeter Kaltmiete im Neubau realisierbar wird.

24

25 **Überprüfung aller kostentreibenden Verordnungen und Regularien**

26 Die FDP Ostwestfalen-Lippe setzt sich dafür ein, dass die Anforderungen an die Energie-
27 effizienz, die Barrierefreiheit, an Standsicherheit, den Brand- und Schallschutz sowie die
28 Schnee-, Sturm- und Erdbebensicherheit auf ihre wirtschaftliche Umsetzbarkeit überprüft
29 werden. Im Fall einer zu hohen finanziellen Belastung für Bauherren und Bauträger müs-
30 sen sie nach unten korrigiert oder abgeschafft werden. Ohne weitere Prüfung abgeschafft
31 werden sollen die Anforderungen an Stellplätze für Autos und Fahrräder sowie Dach- und
32 Fassadenbegrünung. Auch die Dichtheitsprüfungspflicht sowie die Pflicht zum Einbau von
33 Rauchmeldern in Privathaushalten und die Pflicht auf Legionellentests sollen entfallen.

34

35 **Energiesparverordnung komplett umgestalten**

1 Auf eine weitere Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) muss unbedingt
2 verzichtet werden. Die bisherigen vier Erweiterungen der Verordnungen haben die Bau-
3 kosten um ca. 6,5% und damit stärker als jede privatwirtschaftliche Entwicklung ansteigen
4 lassen. Die EnEV widerspricht schon jetzt dem in § 5 des Energieeinsparungsgesetzes
5 (EnEG) geregelten Wirtschaftlichkeitsgebot. Deshalb gehört die EnEV komplett umgear-
6 beitet. Vertreter von Politik, Energiewirtschaft und Baugewerbe sollen gemeinschaftlich ein
7 umsetzbareres Konzept entwickeln. Eine Standardsenkung ist dabei, auch im europä-
8 ischen Vergleich, problemlos machbar.

9

10 **Mietpreisbremse in NRW wieder abschaffen**

11 NRW muss unbedingt die Umsetzung der Mietpreisbegrenzung zurücknehmen. Dieses
12 Gesetz ist ein immenser Eingriff in den Markt, dessen Folgen nicht in Gänze abzusehen
13 sind. Die Verordnung schafft keinen neuen Wohnraum. Sogar das Gegenteil ist der Fall –
14 die Verordnung verhindert die Entstehung neuen Wohnraums. Die für die Immobilienwirt-
15 schaft notwendigen Kleininvestoren ziehen sich schon jetzt zurück. Die Landesregierung
16 muss daher auf die Ausweisung von Gebieten verzichten, in denen die Mietpreisbremse
17 gelten soll.

18

19 **Grunderwerbssteuer wieder senken und langfristig abschaffen**

20 Ein weiterer kostentreibender Faktor im Bau sind Steuerabgaben. Bei der Verteilung der
21 Gesamtkosten einer Wohnung zeigt sich, dass 17 % der Gesamtkosten direkte Steuern
22 sind. Die mittlerweile auf 6,5% erhöhte Grunderwerbssteuer muss umgehend wieder ge-
23 senkt werden. Langfristig soll sie für den Erwerb bereits erschlossener Grundstücke kom-
24 plett entfallen und so einen steuernden Effekt zum Flächenrecycling entfalten.

25

26 **Begründung:**

27 *erfolgt mündlich*

28

29

30

31

32

33

34

35

1 **Antrag 9**

2 zum Bezirksparteitag am 27. Februar 2016 in Bad Salzuflen

3

4 **Antragstellerin: Bezirksvorstand advokatorisch für KV Lippe**

5 **Titel: Zuweisung von Flüchtlingen an Städte und Gemeinden – auch finanziell –**
6 **nachvollziehbar und gerecht vornehmen**

7

8 Der FDP-Bezirksparteitag möge beschließen:

9 Die Landesregierung NRW wird aufgefordert, **die Zuweisung von Flüchtlingen an die Städte und-**
10 **Gemeinden nach vereinbarter Quote bei Personenzahlen und Finanzausstattung gerecht vorzu-**
11 **nehmen.**

12

13 **Begründung:**

14 Im Jahr 2015 fiel auf, dass kleine und mittlere Kommunen die Quote des Landes NRW fast immer
15 erfüllten, meist sogar deutlich übererfüllten, während viele große Städte häufig deutlich unter der
16 Quotenvorgabe zur Flüchtlingsaufnahme blieben.

17 Hinzu kam, dass diejenigen Städte und Gemeinden, die eine **Landeserstaufnahme-Einrichtung**
18 beherbergten, die komplette Finanzausstattung pro Flüchtling erhielten, obwohl das Land sämtli-
19 che Kosten für die Unterbringung / Versorgung der Flüchtlinge übernahm – von den Kommunen
20 also keinerlei finanzielle Lasten zu tragen waren.

21 Diese Ungleichbehandlungen müssen ein Ende haben!

22 Die zugrunde liegende Zuweisungsquote des Landesinnenministeriums NRW (90 % nach Einwoh-
23 nerzahl und 10 % nach der jeweiligen Fläche) wird bei kleineren Städten und Gemeinden gegenü-
24 ber Großstädten zum Teil erheblich übererfüllt. Davon waren 2015 auch viele Kommunen in
25 OWL betroffen:

26 Schloß Holte-Stukenbrock = 307,7 % Übererfüllung, gemessen am Soll

27 Hövelhof = 290 % dto.

28 Borgentreich = 263,5 % dto.

29

30 Dem gegenüber blieben Großstädte häufig deutlich unter ihrer zu erfüllenden Aufnahme-Quote:

31 Köln = 61 % der zu erfüllenden Quote

32 Wuppertal = 63 % dto.

33

34

35

36

37

38

39

40

41

1 **Antrag 10**

2 **Antragssteller: Bezirksvorstand advokatorisch für Martina Hannen**

3

4 **Integration von Geflüchteten konkretisieren**

5 Auch in diesem Jahr werden wieder tausende Asylbewerber in Nordrhein-Westfalen erwartet. Schon jetzt sind
6 alle Aufnahmeeinrichtungen überfüllt und Asylbewerber müssen in viele Kommunen, auch hier in Lippe in Turn-
7 hallen oder Zelten untergebracht werden. Die Situation übersteigt vielerorts die Möglichkeiten, obgleich alle
8 Bereiche des öffentlichen Lebens engagiert sind.

9 In Anbetracht der dauerhaft schlechten Aussichten in den Krisengebieten des Nahen und Mittleren Ostens ist
10 nicht davon auszugehen, dass eine Abnahme der Flüchtlingsströme zu erwarten ist.

11 Die große Bereitschaft der Bevölkerung und aller Institutionen politisch Verfolgte und vor Kriegen geflüchtete
12 Menschen aufzunehmen, ist nach wie vor groß. Die FDP Ostwestfalen-Lippe begrüßt diese Bereitschaft ausdrück-
13 lich.

14 Das ehrenamtliche Engagement darf aber nicht überstrapaziert werden.

15 Bei der Fülle der Herausforderungen muss differenziert werden zwischen Geflüchteten ohne Bleibeperspektive
16 und Personen, die tatsächlich auf Basis der Genfer Konventionen eine gute Aussicht auf ein Bleiberecht haben.

17 In diesen Fällen müssen schnellstmöglich vielfältige Maßnahmen zur Integration beginnen.

18 Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert die Landesregierung auf:

- 19
- 20 • Asylbewerber aus Ländern des westlichen Balkans und aus sicheren Herkunftsstaaten sollen bestmög-
21 lich untergebracht werden, aber dabei nicht auf die Kommunen verteilt werden,
 - 22 • abgelehnte Asylbewerber müssen, bei aller menschlichen Betroffenheit, unverzüglich zurückgeführt
23 werden,
 - 24 • in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Integrationszentren müssen Deutschkurse für alle Altersgruppen
25 angeboten werden,
 - 26 • die vom Bund zusätzlich gewährten Mittel für Asylbewerber dürfen, auch nicht in Teilen, von der Lan-
27 desregierung einbehalten werden.

27 Die FDP Ostwestfalen-Lippe fordert die Kreisverwaltung auf:

- 28
- 29 • ein Programm zu erarbeiten, dass sich mit der individuellen Integration von geflüchtete Kindern; ge-
30 flüchtete Frauen und Männern befasst,
 - 31 • zu prüfen, wo ehrenamtlich Tätige durch hauptamtliche Integrationshelfer unterstützt werden müssen
und wie hoch der Bedarf an weiteren hauptamtlichen Integrationshelfern grundsätzlich ist,

- 1 • Die Aus- und Fortbildung von ehrenamtlichen Helfern, die sich im Flüchtlingsbereich engagieren auf eine
2 solide und ausreichende Basis zu stellen
3 • mit den Bildungsträgern (z.B. VHS) ein Konzept zu entwickeln um genügend , auch qualitativ anspruchs-
4 volle Integrationskurse anbieten zu können, um für die Geflüchteten das Erlernen der deutschen Spra-
5 che auf einem auch für den Arbeitsmarkt notwendigen Standard zu gewährleisten,
6 • gemeinsam mit der Bundesagentur für Arbeit einen Eingliederungsplan für die Geflüchteten in den Ar-
7beitsmarkt zu erarbeiten.

8

9

10

11

12

13

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

1 **ANTRAG 11**

2

3 **ANTRAGSTELLER:** BEZIRKSVORSTAND ADVOKATORISCH FÜR DR. H.-JÜRGEN KNOPF, FDP HÖXTER

4

5 **Das Land NRW muss ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sich Krankenhäuser gegen**
6 **Cyber-Attacken schützen können.**

7

8

9 **Der Bezirksparteitag möge beschließen:**

10 Erfolgreiche Hackerattacken auf nordrhein-westfälische Krankenhäuser haben in den letzten Wochen
11 den unzureichenden Schutz vor ein kriminelles Eindringen in deren IT-Systeme offen gelegt. Die dort
12 gespeicherten Daten sind als höchst sensibel einzustufen und beziehen sich auf intimste Details der
13 betroffenen Patientinnen und Patienten. Im Rahmen der Krankenhausfinanzierung sind die Länder
14 zuständig für Investitionsmaßnahmen in die Krankenhausinfrastruktur.

15

16 Die FDP-Ostwestfalen-Lippe fordert deshalb die Landesregierung auf,

17 1. akut Mittel bereitzustellen, um sich professionell gegen Cyber-Attacken zu schützen

18 und

19 2. die Einrichtung eines Förderprogramms (ggf. im Rahmen einer nationalen Initiative) zur Daten-
20 sicherung im Gesundheitssektor.

21

22

23

24 **Begründung:**

25 Im Laufe der letzten Wochen sahen sich mehrere Krankenhäuser in NRW Hackerangriffen ausge-
26 setzt. Im Fall des Lukaskrankenhaus Neuss mussten alle Server und Rechner abgeschaltet werden, ein
27 über eine eMail heruntergeladener Trojaner hätte sonst alle im System gespeicherten Daten verschlüs-
28 selt. Es folgte das Angebot, den erforderlichen Entschlüsselungscode gegen ein Lösegeld herauszuge-
29 ben.

30

31 Es ergeben sich 2 Problemfelder:

32 1.

33 Durch die zunehmende Digitalisierung des Krankenhausbetriebs ist dieser Gesundheitssektor für krimi-
34 nelle Aktivitäten höchst attraktiv geworden. Die gespeicherten Patienten-Daten sind als höchst sensi-
35 bel einzustufen, da sie intimste persönliche Details enthalten. Würden diese Informationen in falsche
36 Hände geraten, könnten sich die betroffenen Patientinnen und Patienten z. B. Erpressungsversuchen
37 ausgesetzt sehen.

38 2.

39 Durch die zunehmende Vernetzung von Arbeitsabläufen im Krankenhaus (z. B. im OP) oder durch Da-
40 tenübertragung zwischen Krankenhäusern oder nach Hause (z. B. Telemedizin) können durch kriminelle
41 Handlungen Daten abgegriffen (s. 1.) oder Eingriffe in Funktionsabläufe erfolgen. In Testversuchen
42 konnte bereits gezeigt werden, dass durch Hackerattacken medizinische Apparaturen sabotiert oder
43 die Medikamentierung von Intensivpatienten manipuliert werden konnten.

44 Im Rahmen der Krankenhausfinanzierung sind die Bundesländer für die Krankenhausinvestitionen nach der
45 Richtlinie über das Verfahren über die Gewährung von Fördermitteln nach § 9 Abs. 1 KHG, soweit sie in
46 einem Krankenhausplan verzeichnet sind, zuständig. Es besteht somit ein Rechtsanspruch auf staatliche
47 Förderung für Investitionen, dem von den Ländern aber seit Jahren nicht in vollem Umfang nachgekommen

1 wird. Nach Aussage von Theodor Windhorst, Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, kommt das Land
2 NRW seit zehn Jahren seinen Verpflichtungen bei den Investitionskosten nicht mehr. Laut Krankenhausge-
3 sellschaft brauchen die Krankenhäuser in NRW 1,2 Milliarden Euro im Jahr für Renovierungen und Neubau-
4 ten, bekommen aber nur 500 Millionen Euro. Folge dieser Politik ist, dass die die IT-Ausgaben 2015 im
5 deutschen Gesundheitswesen bei ca. 3,7 Milliarden Euro lagen während in der Finanzbranche im gleichen
6 Zeitraum rund 15 Milliarden Euro investiert wurden (US-Marktforschungsinstitut Gartner).
7 Wir sehen die Landesregierung hier in der Pflicht, zunächst akut Mittel zu Verfügung zu stellen, um die
8 Krankenhäuser gegen Cyberattacken zu schützen. Mittelfristig ist aber ein Förderprogramm erforderlich,
9 um diesen Gesundheitssektor auf Dauer vor Angriffen auf ihre IT-Systeme zu schützen. Wir nehmen aber
10 auch die Krankenhäuser und die Hersteller sensibler medizinischer Apparaturen in die Pflicht. So haben
11 Krankenhäuser alles Erforderliche zu tun, um das Eindringen von Schadsoftware (z. B. Öffnen unbekannter
12 eMails durch Mitarbeiter) zu verhindern und Hersteller medizinischer Apparaturen müssen ein Sicherheits-
13 niveau garantieren, das Manipulationen von außen verhindert.

14

15

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28